

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 14. Mai 1927

Nummer 39

Der Verbandsbeitrag

Der Verbandsbeitrag dient dazu, die Verbandskasse zu stärken und sogenannte Kampffonds zu schaffen. Es wird einem jeden Kollegen klar sein, daß für eine auf guter finanzieller Grundlage beruhende Organisation jeder Kampf, der im Interesse der Kollegen geführt wird — denn nur solche Kämpfe gibt es für unsere Organisation —, sich leichter bewältigen läßt, als für eine Organisation, die mit einer schwachen bzw. mit keiner finanziellen Grundlage da steht. Mit der Begründung, daß der Verband einer guten finanziellen Grundlage bedürfte mehr als zuvor, wurde der Verbandsbeitrag ab 1. April 1927 um 10 Pf. erhöht, und niemand wird unter den Kollegen sein, der für diese Erhöhung kein Verständnis aufbringt.

Der Verbandsbeitrag hat den weiteren Zweck, unsern unterstützungsbedürftigen Kollegen zu helfen, wie: Invaliden, Arbeitslosen, Kranken usw. Auch wird jeder einsichtige Kollege für unsre unterstützungsbedürftigen Kollegen eintreten, denn durch die Zufriedenheit der Kollegen wird eine bessere Geschlossenheit im Verbands zu erreichen sein. Jeder wird und sollte nach seinen eignen Kräften je nach Verdienstmöglichkeit seinen Kollegen, die der Unterstützung bedürfen, helfen.

Wir Kollegen im Verbands leisten alle ohne Verdienstunterschiede die gleichen Beiträge. Es ist wohl für jeden Kollegen eine Selbstverständlichkeit, daß unsre Beiträge — die andre Gewerkschaftsbeiträge in der höchsten Klasse noch bei weitem übersteigen — von Kollegen, die einen höheren Verdienst haben, leichter zu tragen sind, als von Kollegen, vor allen den jüngeren, die einen niedrigen Verdienst haben. Und es ist meines Erachtens nach nur gerecht, die Besserenlöhnten zu höheren Verbandsbeiträgen anzusetzen gegenüber den Schlechtereilöhnten. Wenn wir uns nun die Löhne gegenüberstellen, und zwar der Neuausgesetzten und jungen Gehilfen mit einem Reinverdienst von 30 M. und den Lohn eines gutbezahlten Gehilfen, der einen Reinverdienst von 60 und 80 M. hat, so werden wir hieraus schon erkennen, daß das Vorhergesagte hiermit schon zur Genüge begründet ist und daß mit einem Einheitsbeitrag nicht gerecht gehandelt ist. Zudem ist es für einen schlechtereilöhnten und schlechtereilöhnten Kollegen, besonders für die jüngeren, schwer, ihren Verbandsbeitrag zu entrichten.

Aus diesen einzelnen Begründungen, welche aus den vielen Gründen herausgenommen sind, wäre es nur zu begrüßen, wenn der Vorstand, wie er im „Korr.“ Nr. 28 vom 26. April 1927 schon angeführt ist, unsern Verbandsbeitrag je nach Entlohnung der Gehilfen in Klassen einzuteilen, auf den nächsten Verbandstag zur Sprache käme. Es ist lediglich im Interesse des Verbandes, derartige Klassenbeiträge, wie sie in andern Gewerkschaften schon eingeführt worden bzw. immer gewesen sind, zu zahlen.

Gesellenfrischen, Franz Weber.

Anmerkung der Schriftleitung: Es läge weder im Interesse des Verbandes noch seiner Mitglieder, wenn solchen Anregungen entgegenwärtig würde. Denn für Einigung und Berechnung geschaffener Beiträge wäre ein viel größerer Verwaltungsaufwand erforderlich als heute. Ferner wäre für eine bessere Finanzierung der Verbandskassen damit gar nichts gewonnen und drittens sind auch in den Orten mit höherer Entlohnung die Verbandsbeiträge durch örtliche und sonstige Unterstützung heute schon wesentlich höher als in den meisten kleineren Orten. Staffbeiträge bedürfen außerdem ersichtlicherweise auch gestaffelte Unterstützungen nach der Beitragshöhe und nicht nur nach der Beitragszahl.

Lehrlinge mit Rudackweiser und Mostkrug

Bei der Einstellung der Lehrlinge ist unter Hauptaugenmerk auf die Eignung der Land- und Rudackweiser zu richten, die mit Mostkrug und Rudackweiser die Kunsttempel bewältigen. Aus dieser Eignung entstehen die künftigen und lauen Gewerkschaftler. Vandaarbeit nach Feierabend und Überstundenbereitschaft hält sie von Berufs- und Gewerkschaftsbildung fern.

Diese vom Kollegen Glasbrenner (Wm) auf einer Stuttgarter Tagung ausgesprochenen Worte halte ich, allgemein gesprochen, nicht ganz für richtig. Es ist ungefähr derselbe geistige Niederschlag, den Kollegen der Großstadt den Kollegen der kleineren Städte und Orte entgegenbringen. Oder aber auch die Bürgerlichen der Arbeiterkassen gegenüber in bezug auf die Grundschule: „Wunderwergigkeit!“ Kann sein, daß ich die gesprochenen Worte falsch aufgefaßt. Dann bitte um Entschuldigung.

Daß Kollege Glasbrenner den Mostkrug und das Rudackweiser nur als bildliche Darstellung benutzen wollte, um seiner Sache zu dienen, glaube ich bestimmt annehmen zu dürfen. Ist doch heute alles, mit Ausnahme der Bauarbeit, schon so modern, daß die Kistenmappe die dauernde Begleiterscheinung ist. Sowohl in der Stadt wie auf dem Land. Darum übergehe ich dieses und wende mich dem „säumigen“ und „launen“ Gewerkschaftler, der zu „Aberstunden“ bereit ist, zu. Ich möchte kein Wortteil im umgekehrten Sinne abgeben, aber sicherlich können die Kollegen die entweder vom Land in die Stadt gezogen sind, oder aber umständehalber noch auf dem Lande wohnen, einen Vergleich mit den Kollegen, die nur einmal das Glück (oder Unglück) gehabt haben, in der Stadt geboren zu werden, in jeder Beziehung ausfallen. Schreiber dieses wohnt in einer Ortschaft, wo sieben Kollegen wohnen. Vier davon sind Maschinenfeger, einer Maschinenfeger, zwei andere Metzgere. Alle haben noch etwas Land ihr eigen. Müllern abends nach Feierabend zu Hause noch Landwirtschaft betreiben und sind dabei gesund. Sogar morgens und abends noch je eine Stunde ins Geschäft laufen. Und bringen dabei noch die Zeit auf, daß der eine Parteivorsteher der SPD., drei andere davon auch tätig in der Partei und in Arbeitergefang- und Sportvereinen keine untergeordnete Rolle spielen. Ein invalider Kollege ist auch überall, trotz seinem Leiden, wo etwas los ist. In Nachbarortlichkeiten ist's ähnlich. Meistens sind die Buchdrucker da, wo's etwas zu arbeiten gibt für das untere Volk. Gerade die Kollegen vom Land können also schon aus obigen Gründen an sich für die Abergitarbeit sein.

Und Kollege Glasbrenner, das eine glaube ich aufs Bestimmteste versichern zu können, daß, wenn es heute einmal zur Kraftprobe käme, die Kollegen vom Land nicht die schlechtesten wären. Gerade sie haben es ja weniger nötig, in kritischen Augenblicken ihren Unterdrückern willfährig zu sein.

Wie aber Kollegen von der Stadt ihre Erziehungsarbeit oft auflassen, das habe ich als Sohn einer armen Witwe vom Land am eignen Leibe selbst erfahren, Gehänselt, in Berufsfragen als Null behandelt von Kollegen, die gewerkschaftlich und politisch organisiert waren. Das tat mir in der Seele weh, weil ich doch selbst die Armut und damit die Klassengegenstände jeden Tag spürte. Und durfte nichts sagen. Mühte alles bulden. Hand aufs Herz. Wenn's auf diese Kollegen angekommen wäre, dürfte ich heute weder im Verband noch in der Partei sein. Wie waren diese Kollegen enttäuscht, als ich am letzten Tage meiner Lehrzeit mich bei den Kollegen zum Verband anmeldete. Es war 1898. Das hätten sie nicht gedacht, sagten sie.

Kollegen! Ich wollte nur kurz zum Ausdruck bringen: Begegnen Sie den Lehrlingen vom Land nicht von Anfang an mit Mißtrauen. Seien Sie denselben Helfer und Berater. Es trägt seine Früchte. Ein r v o m L a n d.

Die Buchdruckerlehrlingschule in New York

In der 27. Straße im Westen New Yorks befindet sich die vor etwa 15 Jahren von dem Direktor der Hudson-Gilde, Dr. J. L. Elliott, gegründete Schule für Buchdruckerlehrlinge. In einem Artikel „Erfahrungen bei der Lehrlingsausbildung“ im Aprilheft des „American Federationist“, dem offiziellen Organ des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, macht der jetzige Direktor dieser Schule, F. W. Williams, bemerkenswerte Angaben, die auch die deutschen Buchdrucker interessieren werden.

„Der Zahl der Schüler nach“, sagt Williams einleitend, „glaube ich, daß diese Schule die größte der Welt ist, die nur für einen einzigen Beruf unterrichtet. Sie wird durchschnittlich von 600 Lehrlingen im Alter von 17 bis 22 Jahren besucht, die alle die Grundzüge des Segeberberufs studieren.“

Nach der Schilderung der Schwierigkeiten in den ersten Jahren des Bestehens der Schule wird dann ausgeführt: „Es dauerte jedoch nicht lange, bis die Lehrlinge, die in der Schule unterrichtet wurden, Beschäftigung in den Buchdruckereien fanden, und ihre Unternehmer erbeden sehr bald, daß diese Lehrlinge mit Schulausbildung eine Kenntnis der Grundzüge des Segeberberufs besaßen, die der jener Lehrlinge mit nur Werkstattausbildung weit überlegen war. Die Ortsverwaltung New York des Typographen-Verbandes und die Buchdruckerei-Unternehmer-Vereinigung von New York interessierten sich gleichzeit-

für die Schule und kamen überein, diese zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die Ausbildung nur Lehrlingen zuteil wird, die sich als Mitglieder des Verbandes einschreiben ließen und daß den Unternehmern erlaubt ist, die Lehrlinge, die sie schon beschäftigt, in diese Schule zu senden, damit deren Werkstatteinführung durch die Schulausbildung vervollkommen wird.

Die Berichte über die erfolgreiche Arbeit dieser Schule kamen auch bis nach Indianapolis, dem Sitz des Typographen-Verbandes, und auf Verlangen des früheren Präsidenten M a r s d e n G. S c o t t gab die Schulleitung eine Reihe von Aufgaben über den Segeberberuf heraus, die sich für Korrespondenzunterricht eigneten. In diesem Unterricht nehmen gegenwärtig etwa 7000 von den Lehrlingen teil, die in den Verbandswerkstätten in den Vereinigten Staaten und in Kanada beschäftigt werden. Die durch den Beitritt des Verbandes und der Unternehmerorganisation veranlaßte erhöhte Zahl der Schüler machte auch mehr Beihilfe notwendig, und die amerikanische Schriftgießerei-Gesellschaft stiftete daher eine vollständige moderne Segeberanleihe, die genügend groß ist, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Die Lanston Monotype-Gesellschaft spendete zwei Segeomaschinen, damit nie ein Mangel an Lehrmaterial eintreten kann. Dem Unterricht in der Buchdruckerkunst wurde Unterricht in der englischen Sprache und Volkswirtschaft angegliedert, und so begann die Schule in den vergrößerten Räumen ein neues Leben als strenge Verbandsinstitution.

Die Leitung der Schule liegt in den Händen eines Direktoriums, das aus vier Vertretern des Typographen-Verbandes, vier Vertretern der Buchdruckerei-Unternehmer-Organisation und vier Vertretern der Hudson-Gilde besteht. Dr. Elliott von der letzteren Gruppe fungiert als Vorsitzender. Die Schule wird unterstützt durch einen jährlichen Beitrag von 10 000 Dollar von dem New Yorker Ortsverein des Typographen-Verbandes, 10 000 Dollar von der New Yorker Buchdruckerei-Unternehmer-Vereinigung und annähernd 10 000 Dollar aus der Lehrgeldgebühr der Schüler. Der Besuch der Schule ist für alle Lehrlinge, die in organisierten Buchdruckereien beschäftigt werden, obligatorisch. Er beginnt mit dem zweiten Lehrjahr und wird bis zur Beendigung der Lehrzeit im fünften Jahr fortgesetzt, zu welcher Zeit sie als Gehilfen und vollberechtigte Mitglieder des Verbandes aufgenommen werden. Jeder Lehrling muß die Schule wöchentlich an einem Nachmittage während der Arbeitszeit und an einem Abend in seiner eignen Zeit besuchen. Der eine Unterricht ist dem Studium der Buchdruckerei, der andre der englischen Sprache gewidmet. In drei festgesetzten Zeitabschnitten werden jährlich neue Klassen eingerichtet und jede dieser Gruppen wird als Klassenformation beibehalten und macht gleichmäßige Fortschritte während der ganzen vierjährigen Schulzeit.

Der Verband unterhält ein Lehrlingskomitee, zu dessen Pflichten es gehört, Fälle zu untersuchen, wo ein Lehrling schuldhaft wird, die Schulordnung übertreten zu haben, Mangel an Fortschritt oder Anmaßlichkeit bei seinem Studium gezeigt oder sich untauglich für den Beruf erwiesen hat. Dieses Komitee hat die Macht, Strafen zu verhängen, als da sind: Rückverlegung oder Aufhebung der Lehrstelle und die Entlassung aus der Beschäftigung in dem Betrieb zu verlangen. In dem Fall, wo ein Lehrherr dem Beschluß des Lehrlingskomitees widerspricht, wird der Fall einem gemeinsamen Lehrlingskomitee überwiesen, das aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Unternehmer und des Verbandes zusammengesetzt ist und dessen Spruch endgültig ist.

Zu Beginn des Schuljahres, im September, wählt jede Klasse einen ihrer Schüler, um als Klassenvorsitzender zu fungieren. Seine Pflichten bestehen darin, über individuelle Beschwerden an die Schulleitung zu berichten und danach zu sehen, daß die Schulordnung für Minderjährige beobachtet wird. Dieser Klassenvorsitzende wird auch automatisch Mitglied des Schulrats, einer Gruppe von etwa 35 Schülern, die wöchentlich Sitzungen abhält, um Schulangelegenheiten zu beraten und gesellschaftliche und sportliche Veranstaltungen der Schüler zu fördern. Vertreter dieses Schulrats haben freien Zutritt zu den Sitzungen des Direktoriums des Lehrlingskomitees und zu dem Schuldirektor, und keine Anordnung, die die Leitung der Schule betrifft, wird getroffen, mit der dieser Schulrat nicht einverstanden ist. Er überwacht auch die

Schulbuchstiftung sowie Möbel und Bücher, die vollständig aus dem Fonds der Schüler gekauft worden sind, und veröffentlicht eine periodische Zeitschrift, die als die Lehrlingsnachrichten bekannt ist und die einen guten Ruf erlangt hat.

Alle, die in den Verband aufgenommen werden wollen, müssen eine Befähigungsprobe bestehen. Von allen denen, die keine Schulausbildung gehabt haben, werden über 60 Proz. als unfähig zurückgewiesen, da die meisten solcher Antragsteller 10-20 Jahre in unorganisierten Werkstätten gearbeitet haben. Von den Schülern dieser Schule jedoch, die nur eine fünfjährige Erfahrung hatten, hatten nicht mehr als 1 Proz. Mißerfolg.

Das ganze Unternehmen hat bis jetzt so zufriedenstellend gearbeitet, daß beabsichtigt wird, die Schule im nächsten Jahre zu vergrößern und noch in verschiedenen andern Handhabungen des Gelehrerberufs Unterricht zu erteilen."

F. W.

Lebenshaltungsniveau der europäischen Arbeiterklasse

Die Einsicht, daß eine wirkliche Gesundung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse nur bei Stärkung der inneren Kaufkraft der europäischen Bevölkerung, ausgehend von einer wesentlichen Erhöhung der Lohneinkommen, erreicht werden kann, bricht sich nur langsam und mühselig Bahn. Mehren sich auch im bürgerlichen Lager bereits die Stimmen, die in Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Steigerung der Masseinkaufkraft theoretisch befürworten, so muß doch in praxi die europäische Arbeiterklasse jede Lohnangleichung oder Aufbesserung im zähen Kampf Zoll um Zoll erzwingen.

Die Lohnentwicklung hat sich in den einzelnen Ländern stark abweichend gestaltet. Die großen Währungserfütterungen führten in den von ihnen betroffenen Ländern zu einer unerhörten Senkung der Lohneinkommen und der Lebenshaltung, deren Wiederanpassung sich erst in einem langwierigen Prozeß vollzieht. Auch in den Ländern mit stabiler Währung zeigt die Lohnkurve gegenüber der allgemeinen Teuerungswelle eine ungleichmäßige Bewegung. Jeder internationale Vergleich der Lohneinkommen wie der Reallohne hat durch diese Störungs-faktoren bisher an großen Ungültigkeiten gelitten, und erst in einigen Monaten, nach deren Ablauf voraussichtlich alle europäischen Währungen wieder stabilisiert sein und die Warenpreise sich dem Währungsstand angepaßt haben dürften, werden exaktere Vergleiche möglich sein.

Trotz der erwähnten Schwierigkeiten verdient ein kurzer Bericht des Internationalen Arbeitsamtes: „Das Lebenshaltungsniveau der Arbeiter in den einzelnen Ländern“, der für die Weltwirtschaftskonferenz vorbereitet wurde, Beachtung, da, bei allem Vorbehalt gegenüber der Zuverlässigkeit der Berechnungen im einzelnen, doch das Charakteristische der Entwicklung aus dem Material ersichtlich wird. Die starken Abweichungen in der Höhe der Nominallohne, in Goldwert umgerechnet, zeigt die folgende Zusammenstellung, die die tariflichen Wochenverdienste der Bauarbeiter (Maurer und Ziegelfarbeiter) in den europäischen Hauptstädten vergleicht.

Durchschnittlicher Bauarbeiter-Wochenverdienst in verschiedenen Ländern in Goldfrank (1 Frank=80 Pf.)

| Städte | 1. Juli 1914 | 1. Juli 1926 | Goldlohnsteigerung Proz. | Inrerhöhung (nur Er-nähr.) nach Zind. Proz. |
|-------------------------------|--------------|--------------|--------------------------|---|
| 1. Brüssel | 21,60 | 24,71 | 14,4 | 16 |
| 2. Prag | 25,20 | 38,40 | 52,4 | 28 |
| 3. Madrid | 27,— | 55,44 | 105,3 | 83 |
| 4. Wien | 31,25 | 49,89 | 59,6 | 17 |
| 5. Rom | 32,— | 37,90 | 18,4 | 28 |
| 6. Amsterdam | 32,98 | 79,91 | 142,4 | 46 |
| 7. Warschau | 38,52 | 27,03 | -28,3 | 10 |
| 8. Oslo (Norwegen) | 43,34 | 94,43 | 117,9 | 94 |
| 9. Stockholm | 44,67 | 106,68 | 138,8 | 59 |
| 10. Paris | 45,80 | 39,88 | 87,4 | 88 |
| 11. Berlin | 48,59 | 74,03 | 50,8 | 43 |
| 12. London | 58,01 | 107,20 | 84,8 | 61 |
| 13. Ottawa (Kanada) | 138,62 | 249,02 | 82,0 | 49 |

Die Länder ohne Währungsrisiken: England (12), Holland (6), die skandinavischen Länder (8, 9) haben durchweg eine über den Teuerungsindex hinausgehende Goldlohnsteigerung. Verhältnismäßig am stärksten ist diese in Holland. Es folgen die skandinavischen Länder, bei denen im Durchschnitt für alle Industriegruppen der Goldlohn um etwa 20-25 Proz. die Nachkriegsgeldentwertung überschreiten konnte. In England liegt der Goldlohn im Durchschnitt etwa 10 Proz. über der durch den Index berechneten Preissteigerung. Von den Ländern, die starken Währungserfütterungen unterlagen, zeigen Österreich und die Tschechoslowakei nach der Berechnung, allerdings bei sehr tiefem Niveau, eine Reallohnsteigerung gegenüber der Vorkriegszeit. Im Durchschnitt aller Industriegruppen ist diese jedoch nur unbedeutend. In Deutschland blieb der Reallohn um etwa 7 1/2 Proz. hinter dem Vorkriegsniveau zurück, am Ende des Jahres im Durchschnitt um etwa 9 1/2. Die Länder mit noch starken Währungswankungen zu dem Berechnungstermin (1. Juli 1926), Frankreich, Belgien, Polen, zeigen durchweg eine Reallohnsteigerung, am stärksten Polen mehr als 35 Proz. Zwischen den hochvalutarischen Ländern und den Wirtschaften mit tiefem und schwankendem Währungs-niveau ergeben sich viel größere Spannen innerhalb der Goldlohne als in der Vorkriegszeit. Die Löhne Belgiens und Polens betragen im Sommer des

vorigen Jahres nur etwa den vierten Teil der englischen oder skandinavischen Löhne. Die amerikanischen Löhne wiederum liegen nominell 2 1/2- bis 3 mal so hoch wie die europäischen Höchsthöhne.

Einen Vergleich der Reallohne versucht nun die Denkschrift unter Anwendung der folgenden Methode: Der durchschnittliche Monatsverdienst der Arbeiter der wichtigsten Industrieländer wird je nach der örtlichen Konsumrichtung und den geltenden Kleinhandelspreisen in Nahrungsmittelquanten umgerechnet. Aus den Ländern mit verhältnismäßig gleichartiger Lebensmittelbedarfsdeckung werden aus den für den vollen Arbeitslohn erhältlichen Konsumwarengruppen Ernährungstypen zusammengestellt, so eine zentral-, west- und südeuropäische, englische und skandinavische sowie überseeische, aus diesen sechs Lebensmittellieferanten wieder ein gemeinsamer Durchschnittstyp. Dieses Lebensmittelquantum wird je nach dem Preisniveau der einzelnen Länder in Geldbeträge umgerechnet und dient als Maßstab für den Vergleich der Kaufkraft der Löhne. Die Mängel dieser Berechnungsart sind offensichtlich. Eine hundertprozentige Verwendbarkeit der Löhne für Ernährungszwecke ist eine theoretische Hilfskonstruktion. In Wirklichkeit wird die Lebenshaltung durch die relative Höhe der Mieten (Mietengewangswirtschaft), Preisniveau für Bekleidungsgegenstände usw., stark bestimmt. Bei der Aufstellung der Ernährungstypen bleiben ferner gerade die besonderen Konsumgewohnheiten (zum Beispiel der in den skandinavischen Gebieten an und für sich geringere Fleischverzehr und der stärkere Gemüse- und Süßfruchtgenuss) unberücksichtigt, und die Reallohne werden unter Zugrundelegung einer teils wirtschafts-fremden Bedarfsdeckung in Beziehung gebracht. Ferner müßten auch bei der Berechnung der Durchschnittslohne jeweils die für das betreffende Land typischen und bedeutendsten Arbeitergruppen ausgewählt werden. Unter diesen Vorbehalten muß das zahlenmäßige Ergebnis dieses Versuches eines Reallohnvergleiches betrachtet werden. In der folgenden Tabelle ist die Kaufkraft der verschiedenen Länderlohne jeweils in Prozentfäßen der Kaufkraft des deutschen Lohnes ausgedrückt:

Lebenshaltungsniveau der Durchschnittslohne am 1. Juli 1926, gemessen an zentraleuropäischen Lebensmittellieferanten. (Berlin = 100)

| Höhere Kaufkraft als die des deutschen Lohnes hatten: | |
|---|-----|
| Stockholm | 105 |
| Amsterdam | 114 |
| London | 125 |
| Oslo | 135 |
| Sidney (Australien) | 142 |
| Ottawa | 190 |
| Philadelphia | 202 |

| Niedrigere Kaufkraft als die deutschen Löhne hatten: | |
|--|----|
| Madrid | 79 |
| Paris | 78 |
| Lodz | 76 |
| Prag | 73 |
| Riga | 65 |
| Brüssel | 65 |
| Warschau | 62 |
| Rom | 56 |

Es ergaben sich beim Reallohn der einzelnen Länder gleichfalls erhebliche Spannen, wenn auch nicht ganz so weit wie beim Nominallohn. Die Reallohne der tiefvalutarischen Länder sind nur etwa halb so hoch wie die Englands und der skandinavischen Länder. Der deutsche Reallohn liegt etwa in der Mitte; er ist zwar etwa 20 bis 25 Proz. höher als der der Nachbarländer, mit Ausnahme des holländischen und des Schweizer Niveaus, das etwa 15 bis 20 Proz. über dem deutschen liegt. Noch größer ist der Unterschied gegenüber den englischen und skandinavischen Löhnen; gegenüber dem amerikanischen Lohn besitzt der deutsche nach dieser Berechnung etwa nur die Hälfte der Kaufkraft der dortigen Löhne. Das höhere europäische und amerikanische Reallohn-niveau ermöglicht den dortigen Arbeitern eine ungleichmäßig höhere Lebenshaltung als es die Prozentsätze ausdrücken, weil dieses Plus nicht mehr zum Lebensmittelaufwand, sondern gerade zur Deckung von Kulturbedürfnissen Verwendung findet, die bei niedrigem Reallohn nur ungenügend oder gar nicht befriedigt werden können. Dies bewiesen die offiziell ermittelten Haushaltsrechnungen, die die Denkschrift enthält. Bei aller Verschiedenheit der Erhebungen im einzelnen zeigt sich jedoch ganz deutlich, daß in den Ländern mit relativ niedrigem Reallohn schon vier Fünftel oder mehr des Arbeitseinkommens für Nahrung, Miete, Heizung und Beleuchtung aufgeht und nur ein kleiner Bruchteil des Lohnes für Bekleidung und Deckung anderer Bedürfnisse verbleibt. Die folgende Tabelle stellt die Ergebnisse neuerer Haushaltsrechnungen für gleiche Arbeitergruppen in ähnlicher Familienzusammensetzung (Haushalt vier Personen) zusammen.

Anteil der Bedarfsgruppen an den Gesamtlebenshaltungskosten

| Länder | Ernährung | Wohnung | Heizung | Bekleidung | Diverses |
|-----------------------|-----------|---------|---------|------------|----------|
| U. S. A. | 34,9 | 10,6 | 4,1 | 20,4 | 30,1 |
| Schweden | 40,5 | 10,2 | 4,3 | 14 | 31 |
| Schweiz* | 47,0 | 12,3 | 6,7 | 10,8 | 22,3 |
| Deutschland | 56 | 14 | 7 | 11 | 12 |

* Nach den offiziellen Baseler Berechnungen.
 * Nach der Berechnung des Statistischen Reichsamtes „Wirtschaft und Statistik“, 6. Jahrgang Nr. 17, Seite 586.

Dem amerikanischen Arbeiter bleibt somit für Kultur-aufwand die Hälfte seines Lohneinkommens, wovon er zwei Fünftel für Bekleidung, drei Fünftel für seine sonstigen Lebensansprüche verwenden kann. In Schweden verbleiben nach der Berechnung dem Arbeiterhaushalt fast 45 Proz. des Lohnes, in der Schweiz etwa ein Drittel, nach Deckung seiner Ernährungsausgaben, während der deutsche Arbeiter nur etwa 20 Proz. von seinem knappen Reallohn für seine allgemeinen Lebensbedürfnisse erübrigen kann.

Diese Zahlen sprechen ohne weitere Erläuterung für sich. Bei so geringer Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung muß abgesehen von den sozialen kulturellen Schäden solcher existenzunwürdigen Entlohnung, der innere Markt ein-schrumpfen. Nur bei starker Reallohnsteigerung wird sich das volle Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch auf die Dauer wieder herstellen lassen.

Spartkasse der Arbeiterbank

Ein uns in letzter Zeit zugegangener Artikel zur Frage des Sparens bei der Arbeiterbank veranlaßte uns, Erkundigungen bei der Berliner Hauptstelle der Bank einzuziehen. Es wurde darauf sofort schriftlich geantwortet, daß die Bank von jedermann Spargelder annimmt, und zwar in kleinsten Beträgen von 1 M. an; Sparmarken gibt es im Werte von 50 Pf., 1 M. und 2 M. Selbstverständlich können diese Sparmarken nicht an jedermann zum Vertrieb ausgehändigt werden, sondern nur an Zahlstellen, die durch die Orts-ausschüsse des ADGB. eingerichtet worden sind oder noch werden. Einzelne Sparrer in Orten, wo noch keine Zahlstellen bestehen, können durch entsprechende Anträge an den für ihren Ort oder Bezirk zuständigen Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes darauf hinwirken, daß eine solche Zahlstelle eingerichtet wird. Wo dies noch nicht der Fall sein kann, ist trotzdem ein Sparen bei der Arbeiterbank durch direkte Überweisungen auf das Postsparkonto der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., in Berlin 8888 möglich.

Aus den Satzungen der Spartkasse der Arbeiterbank ist hervorzuheben, daß für die Einlagen bei der Spartkasse die Bank mit ihrem gesamten Vermögen haftet. Wer mit Sparmarken sparen will, kann von den Gewerkschaftskassen, Ortsauschüssen des ADGB. und bei Betriebsvertrauens-leuten eine Spartkarte und Sparmarken erhalten. Die Sparmarken klebt der Sparrer in seine mit seinem Namen, Beruf und seiner genauen Adresse versehene Spartkarte. Sobald die Spartkarte Marken im Gesamtwerte von 10 M. enthält, kann sie bei der Spartkasse in bar eingelöst oder auf ein neues oder bereits vorhandenes Sparkonto (Sparbuch) übertragen werden.

Spareinlagen werden gemacht entweder ohne Kündigung oder mit monatlicher Kündigung oder mit vierteljährlicher Kündigung. Jeder Sparrer soll bestimmen, ob er sein Konto mit täglicher oder mit längerer Kündigungsfrist einzrichten will. Geld mit einmonatiger Kündigung wird höher als tägliches Geld verzinst, Geld mit vierteljährlicher höher als monatliches. Sofern der Sparrer nichts andres bestimmt, gelten Einlagen bis 100 M. als mit täglicher Kündigung rückzahlbar, alle Beträge über 100 M. als mit monatlicher Kündigung rückzahlbar. Werden gekündigte Spareinlagen nicht eine Woche nach Ablauf der für sie geltenden Kündigungsfrist abgehoben, so gelten sie als zu den alten Bedingungen neu eingezahlt. Kündigung hat „Haltigkeit“ oder „unter Vorlage“ von Sparbuch und Sicherungsakte mündlich zu erfolgen.

Jeder Sparrer auf Sparbuch erhält von der Spartkasse ein mit einer Nummer versehenes Sparbuch, in dem auf der Kopfseite Namen, Geburtsdatum und Wohnung des Sparrers eingetragen sind. Außerdem erhält er eine Sicherungsakte mit einer mit der Nummer des Buches übereinstimmenden Nummer. Nur Sparbuch und Sicherungs-akte zusammen legitimieren gegenüber der Spartkasse. Zur größeren Sicherheit sind also Sparbuch und Sicherungs-akte an getrennten Orten aufzubewahren.

Einlagen werden von dem der Einzahlung folgenden Werttage verzinst. Bei Rückzahlungen werden die abgehobenen Beträge bis zum letzten Werttage vor der Abhebung verzinst. Die aufgeschmolzenen Zinsen werden am Schluß des Geschäftsjahres dem Kapital zugeschrieben und von da ab verzinst. Die zu vergütenden Zinsfäße für alle Spareinlagen werden durch Aushang in den Geschäftsräumen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. in Berlin sowie in den Filialen und Zahlstellen mit verbindlicher Wirkung für alle Sparrer bekannt gemacht. Die hiernach festgesetzten Zinsfäße werden für alle Spar-einlagen, auch für die mit Kündigungsfrist, mit sofortiger Wirkung in Rechnung gebracht.

Rückzahlungen erfolgen:

- a) Bei Spararten, wenn der Betrag von 10 M. erreicht ist, entweder durch Verrentung des zukünftigen Orts-ausschusses, der Ortsverwaltung oder des Einnehmers oder durch unmittelbare Einzahlung oder Einrechnung der Spartkarte an die Spartkasse. Das Geld wird an den auf der Spartkarte bezeichneten Sparrer übersandt. Die Spartkasse ist nicht verpflichtet, aber berechtigt, die Legitimation des Einzahlers bzw. Vorzeigers zu prüfen.
- b) Gegen Vorzeigung des Sparbuches nebst Sicherungs-akte an den Vorzeiger. Die Spartkasse ist nicht verpflichtet aber berechtigt, die Legitimation des Vorzeigers zu prüfen.

Ein Rekordjahr des Kapitalismus

Die bürgerliche Bodamehrheit des Reichstags hat — wie vorauszu-sehen war — den Entwurf des Arbeitszeitnot-gesetzes in nur wenig abgeänderter Form angenommen. Die Forderungen der Gewerkschaften, die darauf abzielten, das Arbeitsstundenwesen zu verniedern, wurden unter den fadenscheinigsten Gründen abgelehnt. Damit sind die Ab-sichten, auf diesem Wege der herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, zum wesentlichen Teil vereitelt. Die Regierung wie die bürgerlichen Parteien täuschen sich aber,

wenn sie glauben, daß nunmehr der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zu Ende wäre. Die Gewerkschaften werden ihn auch in der Folge mit aller Energie fortsetzen. Der Erfolg kann nicht zweifelhaft sein! Schließlich werden die Unternehmer den Arbeitern den Achtstundentag vorbehaltlos einräumen müssen, so sehr sie sich auch jetzt noch dagegen sträuben.

Zur Fortsetzung des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit nötig allein schon die noch immer herrschende Massenarbeitslosigkeit, deren Beseitigung als eine zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit betrachtet werden muß. Schon jetzt steht fest, daß die in den letzten Wochen deutlicher hervortretende Beseitigung der wirtschaftlichen Lage eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit nicht erwarten läßt. Es ist zwar ein Rückgang eingetreten. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen hat sich von Mitte Februar bis Mitte März um 15 Proz. vermindert. Noch aber sind rund 1,6 Millionen Erwerbslose vorhanden. Berücksichtigt man, daß die Witterungsverhältnisse für Arbeiten im Freien während des Winters verhältnismäßig günstig waren, die Bauaktivität dadurch wenig behindert wurde und eine Anzahl Industrien sehr günstige Geschäftsvorfälle aufzuweisen hatten, so muß die Abnahme der Arbeitslosigkeit als sehr gering bezeichnet werden, was auch für die weitere Besserung der Wirtschaftslage keine günstigere Beeinflussung des Arbeitsmarktes in Aussicht stellt.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist insbesondere in dem Zurückgehen der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der durch die Rationalisierung der Industrie gesteigerten Produktion zu erblicken. Produktion und Verbrauch stehen im trassen Widerspruch zu einander, der nur durch Steigerung des Verbrauchs beseitigt werden kann. Diese erfordert die Erhöhung der Kaufkraft durch Steigerung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Von den Vertretern des Kapitalismus wird die Möglichkeit eines solchen Ausgleichs bestritten, sie sehen im Gegenteil — so widersinnig es auch erscheinen mag — in der Niedrighaltung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit die Grundlage einer wirtschaftlichen Besserung, angeblich, weil die Industrie die aus Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung entstehende Belastung nicht zu ertragen vermag.

Wie häufig diese Behauptung ist, zeigen nicht nur die Vorgänge an der Börse, sondern auch die Geschäftsergebnisse der deutschen Großbanken für das vergangene Jahr. Eine große Anzahl Industrieaktien haben in den letzten Wochen eine Kurssteigerung erfahren, die nahezu unglaublich erscheint. So stiegen die Aktien der Harpener Bergbau A.-G. um ungefähr 40 Proz., Ludwig Loewe Aktien, Schultze-Paggenhofer sowie Vereinigte Glasstoff-Fabrikanten um etwa 60 Proz. Nicht minder günstig laufen die Verhältnisse der Großbanken, für die das Jahr 1926 trotz der herrschenden Krise ein außerordentlich gewinnbringendes gewesen ist. Selbst die kapitalistische Presse muß zugeben, daß es ein Rekordjahr der deutschen Banken war. Es brachte ihnen eine Sondertonkur, deren Stärke sogar die ärgsten Optimisten überstiegt. Das will um so mehr besagen, als die Banken durch die lang andauernde allgemeine Krise stark in Mitleidenschaft gezogen waren und im Vorjahr ganz beträchtliche stille Reserven auf Bestandsunkosten zum Ausgleich der nicht sichtbar gemachten Verluste heranziehen mußten, um die alten Dividenden aufrecht zu erhalten. Außerdem machten sich die Wirkungen der Krise noch bei Beginn des Jahres 1926 bemerkbar und trat erst in den Monaten April und Mai eine langsame Besserung der Wirtschaftslage ein.

Wie bedeutend diese Besserung war, geht daraus hervor, daß sich der Umsatz allein bei den sieben deutschen Großbanken gegenüber dem Vorjahr von 470 auf 630 Milliarden Reichsmark erhöhte, und die Einlagen von 4,9 auf 7,5 Milliarden Reichsmark stiegen. Ergaben sich für die Banken schon hieraus erhebliche Gewinne, so noch mehr durch die ansteigende Börsenkonjunktur, die alles bis dahin Dagewesene übertraf. Demensprechend befreit sich u. a. allein der Effektengewinn der Diskont-Gesellschaft auf 6,5, der Deutschen Bank auf 10,2, der Danabank auf 10 Millionen Reichsmark, die aber nur einen Teil der wirklich erzielten Gewinne darstellen. Die Berliner Großbanken waren dadurch in die Lage versetzt, ihre Durchschnittsdividenden von 9,4 Proz. in den Jahren 1924 und 1925 auf 14,86 Proz. für 1926, gegen 7,94 Proz. im Jahre 1913, zu erhöhen. Dabei haben die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Darmstädter Bank und die Kommerz- und Privatbank Rückstellungen vorgenommen, die dem erzielten Gewinne gleichkommen und bewirken, daß ihre offenen Reserven fünf Sechstel des ganzen Aktienkapitals betragen, sie also gegen Konjunkturschwünge sowie etwaige Mißerfolge in der Zukunft reichlich gedeckt sind, und für das laufende Jahr die gleiche Dividende ausschütten können.

Diese günstige Geschäftslage beschränkt sich aber keineswegs nur auf die Großbanken, sondern sie ist eine allgemeine, woraus die Arbeiter entnehmen können, was sie von den gegenteiligen Behauptungen der Arbeitgeber zu halten haben, denn was in den Geschäftsergebnissen der Banken zum Ausdruck gelangt, ist nur eine Widerspiegelung der Verhältnisse, wie sie für die Industrie bestehen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Industrie prosperiert und außerordentliche Gewinne erwirkt, denen auf der andern Seite Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten gegenüberstehen, die kaum mehr als den notdürftigsten Lebensunterhalt gestatten. Die deutsche Industrie ist hiernach in der Lage, den Arbeitern höhere Lebensmöglichkeiten durch Steigerung der Löhne zu bieten und die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung so zu heben, daß sie sich in einer allgemeinen Beseitigung der Wirtschaft auswirken kann. Alle andern Behauptungen sind leeres Gerede, nur zu Täuschungszwecken erfunden.

Die deutsche Industrie kann ihren Arbeitern und Angestellten höhere Löhne und Gehälter sowie eine kürzere Arbeitszeit bewilligen, ohne in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt zu werden. Es bedarf dazu nur des Willens, der freilich nicht vorhanden ist und freiwillig von den Unternehmern niemals gezeigt werden wird, mögen ihre Gewinne noch so hoch sein. Jede Steigerung dieser Gewinne wird sie vielmehr dazu veranlassen, noch mehr zu verlangen und unter Anwendung aller dazu geeigneten Mittel aus der Arbeitskraft des Arbeiters herauszupressen versuchen. Das liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nur den kapitalistischen Unternehmer und seine Interessen als maßgebend anerkennt, die Bedürfnisse der breiten Massen dagegen unberücksichtigt läßt, mindestens aber allen andern nachstellt. Nur so ist es verständlich, daß die Arbeit dieser Massen zwar riesige Gewinne für die Besitzer der Produktionsmittel erzeugt, für diejenigen dagegen, die diese Produktionsmittel in Bewegung setzen, nur den dürftigsten Lebensunterhalt übrig läßt. So offensichtlich dieser Widerspruch auch ist und so klar er in dem Verlauf der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Erscheinung tritt, so wird er doch noch von so wenigen begriffen. Wäre es anders, so müßte es um die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Volksschichten weit besser bestellt sein. M. St.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Neues aus der Erwerbslosenfürsorge

Die Hoffnung der Reichsregierung, daß die Arbeitslosenversicherung am 1. April 1927 in Kraft treten könne, hat sich, wie vorausgesehen war, nicht erfüllt. Der Widerstand der Gewerkschaften gegen die völlig unzulängliche Regelung der Organisation der Versicherung im Entwurf, hat zur Vorlage einer neuen Fassung dieser Bestimmungen geführt, die wiederum gründlich beraten werden müssen. Die Reichsregierung ist nunmehr schon zufrieden, wenn das Gesetz zum 1. Oktober in Kraft treten kann. Der Reichsfinanzminister hat im Reichstag dringend, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Aber den 1. Oktober hinaus könne das Reich die Erwerbslosenfürsorge nicht tragen. Andererseits hört man aus dem Sozialpolitischen Ausschuß, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes vor dem 1. Januar 1928 kaum zu rechnen sei.

Die Geltungsdauer des Gesetzes über eine Kranksicherung ist nunmehr bis zum 30. Juni, die Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung verlängert. Auch die weitere Geltung der jetzigen Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge bis zum Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung ist angeordnet worden. Für die Erhöhung der fargen Unterstellungen hatten die Bürgerblockregierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein Geld zur Verfügung. Verlängert ist ferner die Geltungsdauer des Rundschreibens des Reichsarbeitsministers über Unterbrechungen im Bezuge der Erwerbslosenunterstützung.

Zu der letzteren Materie, die in Nr. 101 des „Rott.“ 1926 ausführlich geschildert wurde, hat der Reichsarbeitsminister bezüglich der nach der achten Woche eintretenden erhöhten Unterstüfung eine Erläuterung gegeben. Der Minister vertrat bisher den Standpunkt, daß die Bewilligung der erhöhten Unterstüfung nur dann in Frage kommen könne, wenn der Erwerbslose während der vorhergehenden acht Wochen ununterbrochen unterstüft worden war. Unter Hinweis auf das schon genannte Rundschreiben hat er sich nun bereit erklärt, die erhöhten Sätze auch dann zuzulassen, wenn die Unterstüfung nicht acht Wochen hintereinander gebauert hat. Verlangt wird nur, daß im ganzen mindestens acht Wochen lang wirklich Unterstüfung gezahlt worden ist.

Die Gewährung der Erwerbslosenunterstüfung ist trotz Beitragsleistung immer noch von einer Bedürftigkeitssprüfung abhängig. Um die dabei zutage tretenden Mängel zu beseitigen, erhielt der Reichsarbeitsminister im Gesetz zur Änderung der Erwerbslosenfürsorge vom 10. Dezember 1926 die Ermächtigung, Vorschriften über eine gleichmäßige Prüfung der Bedürftigkeit zu erlassen. Insbesondere sollte es den Kreis der Familienangehörigen, deren Einnahmen bei der Prüfung der Bedürftigkeit des zu Unterstüfenden zu berücksichtigen sind, einschränken und den Umfang der Anrechnung anderweitig bestimmten können. Diese neuen Bestimmungen sind inzwischen erlassen. Der Kreis der Familienangehörigen, deren Einnahmen bei der Prüfung der Bedürftigkeit des Erwerbslosen und bei der Anrechnung auf die Erwerbslosenunterstüfung zu berücksichtigen ist, beschränkt sich danach auf Verwandte der auf- und absteigenden Linie und Ehegatten. Geschwister usw. kommen nicht mehr in Betracht, selbst wenn sie einen Haushalt mit dem Erwerbslosen bilden.

Kanges j und Schlufs

Stiefkinder des Zeitgeistes

Ein Berliner Verlag gibt neuerdings eine Buchfolge heraus, die er „Wege zum Wissen“ nennt. Auf den grünen, roten oder grauen Umschlügen der Bändchen sind die Titel aufgedruckt in einer gotischen Schrift, ähnlich der Tiemann-Gotisch von Gebr. Klingendorff zu Offenbach.

Beim Lesen der Titel fällt sofort die Nichtbeachtung der „Regeln für die deutsche Rechtschreibung“ §§ 11 und 12 über die Verwendung der langen j und Schlufs in die Augen. Es heißt: Gesetze des Lebens, Entstehung der Erde, Zur Geschichte der Zeitmessung, Rasse und Rassenentstehung beim Menschen von Eugen Fischer, Die Tiefsee und ihre Bewohner, das geistige Rußland von heute, Die Sonderstellung des Menschen in der Natur, Auf Forschungsreisen in Mexiko: j und s in buntem Wechsel, nur Wissen ist immer falsch mit es gefehlt.

Die Verwendung von langen j und Schlufs ist nicht gleichgültig. Die verschiedenen j, s, ll, ft, sch, s sind eng mit der deutschen Sprache verknüpft. Sie sind der Grund, daß die deutsche Schrift beachtenswertere Wortbilder ergibt als die lateinische, überhaupt erst viele deutsche Wörter verständlich macht: „In Massen“ genossen ich der Brantwein bekümmlich, Massen oder Massen? Waschstube oder Waschtube? Läusehen und Nimmels (Neuter) oder Läusehen und Nimmels? Frühjahrspeß oder Frühjahrspeß? Kreischen oder Kreischen? Verjendung oder Versendung? Auslandspeß oder Auslandspeß?

Besonders für den Ausländer ist die richtige Verwendung der verschiedenen j, s eine große Hilfe. Die im Deutschen so zahlreichen zusammengesetzten Wörter, die in den Wörterbüchern nicht aufgeführt sind, werden tatsächlich erst durch die j, s für den Ausländer verständlich: Kaiserstaat (Kais.), Zentrumsturm (Sturm?). Bei stets gleichem s weiß er nicht, wo das eine Wort aufhört und das andere anfängt.

Der Augenarzt Professor Dr. Schadowitz, Universität Kiel, weist in der Schrift „Experimentelle Lösung des Schriftstreits“, 2. Auflage, Leipzig 1915, nach, daß bei deutscher Schrift 20 bis 30 Proz. weniger Augenarbeit geleistet werden muß als bei lateinischer, auch bei Versuchspersonen, die als Ausländer von Jugend auf lateinische Schrift gewohnt waren. Hieran sind besonders die verschiedenen j, s, j schuld. Sie verursachen auch eine bedeutende Kürzung der langen zusammengehörigen deutschen Worte, vgl.: Ausschlußjahr mit Ausschlußjahr, wodurch im Verein mit den deutschen Koppelungen die bekannte Ersparnis bei deutschem Buchdruck erzielt wird.

Auch geschichtlich läßt sich die Vernachlässigung des langen j nicht rechtfertigen. Entstanden ist das lange j aus dem j der römischen Lautschrift. Auf das Wachstafelchen oder den Papyrus setzte man einen längeren senkrechten Strich von oben nach unten und oben dran einen kürzeren schief nach rechts oben. Bei der Karolingerschrift fuhr die Kohlfeder in dem senkrechten längeren Strich wieder in die Höhe und setzte oben einen kleinen, nach unten offenen Halbkreisbogen an. In der Fraktur wurde aus dem Halbkreisbogen ein schief nach unten gehender gerader Strich, später in der „Schwabacher“ und der eigentlichen „deutschen Fraktur“ des 17. Jahrhunderts ein nach rechts weisendes Fährchen. Der Federanschlag links oben blieb sichtbar und ist auch bei den meisten deutschen Druckschriften noch zu sehen. Die Unterlänge, die in der gotischen Zeit eine Zeitlang verloren gegangen war, wurde am Ende dieser Strichführung wieder aufgenommen und ist in die deutsche Schrift übergegangen.

Man unterrichte sich in Könnede, „Wideratlas der deutschen Nationalliteratur“, und ähnlichen Werken. Niemals bis heute findet man inmitten der Wörter ein Schlufs. Im Gegenteil: In der Karolingerschrift und in den ersten Zeiten der Fraktur gab es ausschließlich lange j, auch am Schluß der Wörter: un, was, karolus. Dann, ungefähr vom 12. Jahrhundert an, erscheint hie und da am

Schlusse der Wörter ein rundes s, in der Mitte niemals. (Auch bei lateinischem Text war es so. Man beachte das „requisit“ auf den gotischen Grabsteinen.) So blieb es im Deutschen bis heute, wie man oben sieht, aus Grünben, die im Wesen der deutschen Sprache liegen.

Es ist ja bekannt, daß Schriftkünstler öfters sich nicht an die richtige Verwendung des j und s halten und daß sogar das Deutsche Reich unter dem hochbezahlten Reichskunstwart Dr. Redtlob die amtliche Rechtschreibung in dieser Hinsicht nicht beachtet. 1919 hatte die 15-Pf.-Marke die Aufschrift: „Deutsche Nationalversammlung“; 1921 zeigten die Ziffernummern die Aufschrift: „Deutsches Reich“; 1922 hieß es auf dem Geldschein: „Tausend Mark“ und 1921 sagte die Reichsgedenkmünze für die Kriegsoffer: „Dem lebenden Geiste unferer Toten“. Auch jetzt haben die Marken wieder einen Verstoß gegen die Rechtschreibung. Nach § 12 Schlufs, muß es auch bei großen lateinischen Buchstaben heißen „Friedrich der Große“, nicht der „Grosse“!

Kein Wunder, daß diese Fehler allgemeine Zurückweisung der Fachleute erfahren. Schon 1921 schrieb der verdiente Schriftschaffverständige Lorenz Reinhard Spitzenpfeil in seiner vom Dürerbunde herausgegebenen Arbeit „Denkmal und Schrift“ u. a.: „Keinem Künstler, und seien seine Leistungen noch so bedeutend, steht das Recht zu, in bezug auf die Grundformen der Schriftzeichen Eigenbrötelei zu treiben.“ Und Lucian Bernhard, der Schöpfer der „Bernharder-Schrift“, schrieb 1922 über denselben Gegenstand: „Der Fehler s statt j steht leider nicht einzig da, sondern es hat sich allgemein eine Verwilderung in Anwendung unsrer deutschen Fraktur in letzter Zeit bemerkbar gemacht. Die Ursache dieser Verwilderung sehe ich zum Teil in der mangelhaften orthographischen Bildung vieler Kunstgewerber.“

Bertold Walter (Darmstadt), Schriftwart des „Deutschen Sprach- und Schriftvereins“.

Weitere Vorschriften bestimmen den Umfang, in dem zukünftig Einnahmen des Erwerbslosen und Einnahmen der oben genannten Familienangehörigen bei der Bedürftigkeitsprüfung in Frage kommen. Hier wird namentlich ein Bedarfsfuß angenommen, der für den alleinstehenden Erwerbslosen das Sechsfache des ortsüblichen Tagelohns beträgt. Mit diesem Betrag wird die Einnahme des Erwerbslosen samt der ihm zuzurechnenden Unterstützung verglichen. Bleibt letztere unter dem Bedarfsfuß, bleibt die Unterstützung ungekürzt, geht sie darüber hinaus, erfolgt Kürzung bis auf den Bedarfsfuß.

Der Bedarfsfuß erhöht sich sodann, wenn der Erwerbslose mit unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zusammen in einem Haushalt wohnt. Für Angehörige, die selbst Einnahmen aus eigener Beschäftigung haben, erhöht sich der genannte Bedarfsfuß um diese Einnahme, höchstens jedoch um den Ortslohn, der für sie maßgebend ist. Für andere Angehörige kommt eine Erhöhung um das Doppelte des Familienzuschlags der Erwerbslosenfürsorge in Frage. Haben die Angehörigen (Eltern, Voreltern, Abstammliche oder Ehegatten) selbst Einnahmen, so werden diese ebenso wie eigne Einnahmen des Erwerbslosen behandelt. Sie sind auf seine Unterstützung nur insoweit anzurechnen, als sie die Bedarfsfüße, die für den Erwerbslosen und die Angehörigen bestimmt sind, übersteigen.

Wenn der Verwaltungsausschuß es anordnet, gelten die Vorschriften über die Anrechnung der Einnahmen auch für die Anrechnung des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit. Einnahmen aus Besitz (Zinsen usw.) sollen nach Abschreibung der Werbungskosten ohne Berücksichtigung eines Bedarfsfußes wohl angerechnet werden. Einnahmen aus Ansprüchen, die der Aufwertung nach dem Aufwertungsgezet unterliegen sowie die Vorzugsgrenze auf Grund des Anleiheabstufungsgesetzes bleiben bis zum Gesamtbetrag von 270 M. für das Jahr außer Ansatz.

Als „kleinerer Besitz“, der für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden darf, gilt außer Spargrößen, Wohnungsanrichtungen insbesondere angemessener Hausrat oder ein kleines Hausgrundstück, das der Erwerbslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt. Die Wertung des Wertes darf nicht verlangt werden, wenn sie eine unbillige Härte für den Erwerbslosen oder seine Angehörigen bedingen würde. Dabei ist insbesondere die Lebenshaltung des Erwerbslosen zu berücksichtigen.

In den gleichen Ausführungsbestimmungen wird auch gegen die Ausweisung der ominösen Pflichtarbeit Stellung genommen. Dem Artikel 7 Absatz 1 der Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1926, der besagt, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden dürfen, die sonst nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden, wird folgender zweiter Satz zugefügt: „Regelmäßige Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitslosigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, dürfen nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden.“ Keine Pflichtarbeit wäre z. B., wenn eine Gemeinde einen arbeitslosen Buchdrucker zur Bedienung einer Bureaudruckmaschine heranziehen würde.

Mit den Rechtsverhältnissen der Notstandsarbeiter beschäftigt sich ein Erlass des Reichsarbeitsministers vom 9. Februar. Er betont zunächst, daß die Beschäftigung Erwerbsloser bei Notstandsarbeiten kein Arbeitsverhältnis, sondern eine Form der Erwerbslosenfürsorge sei, jedoch als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung und des Einkommensteuergesetzes gelte. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung würden dagegen Erwerbslose, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden, in einem regelmäßigen Arbeitsverhältnis stehen. Auch heute schon müßte aber angestrebt werden, daß das Beschäftigungsverhältnis der Notstandsarbeiter von dem regelmäßigen Arbeitsverhältnis nicht weiter abweicht, als nach der besonderen Eigenart der Notstandsarbeit unbedingt notwendig ist. Um den Notstandsarbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen gegenüber der Betriebsleitung in geregelter Form zu vertreten, hält der Minister es für erwünscht, daß die Notstandsarbeiter für diesen Zweck besondere Vertrauensleute bestellen, wie das übrigens schon vielfach geschehe. Die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge werden deshalb gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Betriebsleitungen diese Vertrauensleute als berechtigte Vertreter der Notstandsarbeiter ansehen.

Man sollte annehmen, daß die Anrechnung des Ministers und seine Befolgung auch auf Arbeitgeberseite überall als zweckmäßig angesehen würde. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nimmt unter der Signatur „Auch noch Notstandsrate!“ in überaus gehässiger Form Stellung zu dem Rundschreiben. Sie schreibt u. a.: „Wenn man, wie bereits angedeutet, weiß, daß diese ministerielle Anrechnung durchaus in der Richtung der gewerkschaftlichen Forderungen liegt, so kennzeichnet sie sich damit schon allein hinreichend als eine außerhalb des tatsächlichen Notwendigen liegende Maßnahme. Ist doch die gesamte Erwerbslosenpolitik der Gewerkschaften Interessenpolitik reinsten Wassers. Darüber hinaus stimmt der Erlass aber auch insoweit noch außerordentlich bedenklich, als er offenbar ganz bewußt einer Rechtsentwicklung den Weg ebnen soll, die nicht gutgehen werden kann. Die Notstandsarbeiter sind und bleiben Erwerbslose und müssen als solche behandelt werden. Damit vertritt sich aber eine „Interessenvertretung“ der hier in Rede stehenden Form nicht, von der man sich nur allzu leicht ausmalen kann, wie sie in der Praxis aussehen wird. Statt „Notstandsrate“

zu propagieren, hätte der Minister es sich lieber angeeignet sein lassen sollen, den Notstandsarbeitern emsige Arbeit anzupfehlen, die die Notgemeinschaft von ihnen verlangen kann, heute aber in erheblichem Maße noch vergeblich bei ihnen sucht. Dies um so mehr, als letzten Endes — von Ausnahmen abgesehen — doch immer wieder ungefähr dieselben Arbeitnehmer den Kreis der Erwerbslosen bilden, mithin also die Ursache für die Erwerbslosigkeit doch wohl sehr stark in der Person des einzelnen Arbeitnehmers liegt. Aber Notstandsrate! sind weitaus beliebter als peinliche Ermahnungen dieser Art. Das macht die Anregung aber keineswegs richtiger!“ Es genügt wohl, wenn wir dieses Bekenntnis einer schönen Seele einfach niedriger hängen.

Der Minister weist dann im gleichen Erlass darauf hin, daß die Notstandsarbeiter grundsätzlich ein Entgelt in Höhe des tariflichen oder ortsüblichen Lohnes erhalten sollen. Von den in den Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten entfallenden Ausnahmen soll der Verwaltungsausschuß des Landesamts für Arbeitsvermittlung nur dann Gebrauch machen, wenn die Voraussetzungen des § 9 Absatz 4 der Bestimmungen tatsächlich vorliegen. Ferner wird auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die Frage des Entgelts vor Zuangriffnahme der Notstandsarbeit zu regeln, um Schwierigkeiten hinterher zu vermeiden. Bemerkenswert wird zum Schluß, daß für Beschwerden einzelner Notstandsarbeiter über das ihnen gewährte Entgelt der Rechtsweg der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge gegeben ist. P. Lo.

Korrespondenzen

-dl. **Donauwörth.** Ein überaus zahlreiches Trauergefolge fand sich am Sonntag des 9. Mai auf dem hiesigen Friedhof ein. Galt es doch, einem wertigen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen, einem Gründungsmitglied des Ortsvereins, dem Korrektor R. W. Helmuth, der am 6. Mai in Günsburg a. d. D. verstarb. Er war geboren am 3. März 1865 zu Weibsbürg i. B., kam nach Besuch der Volksschule und drei Jahre Gymnasium in Regensburg am 21. November 1870 in der V. Demmlerschen Buchdruckerei (Michael Wasner) vorerst in die Lehre. Ausgelernt am 21. November 1874, blieb er noch einige Zeit in der Lehrdruckerei und trat im März 1875 in die Buchdruckerei des katholischen Erziehungsvereins in Neuburg a. d. D. ein. Mit dieser Druckerei überdeckte er im Dezember 1875 nach Donauwörth. Bis 1. Juli 1920 war er in obgenannter Buchdruckerei (nunmehr Buchhandlung Ludwig Auer, Wädgogische Stiftung Cassianum) als Seher, vom Jahre 1892 an als Korrektor tätig mit einer kurzen Unterbrechung, während der er im Jahre 1878 auf die Reise ging und dann in Nürnberg einige Zeit Kondition fand. Am 4. Juni 1875 in den Verband eingetreten, hat er in diesen nahezu 52 Jahren die Treue gehalten. In fast allen Vorstandsamtern war er tätig, auch mehrere Jahre als Vorsitzender. Bei Kreisausbruch übernahm er den Kassierposten, den er bis zum Ende der Inkubation in musterhafter Weise verwaltete, trotzdem er bereits am 1. Juli 1920 in den Invalidenstand getreten war. Mit dem Besten verloren der Ortsverein ein Mitglied, dem alle Kollegen ein dauerndes Gedenken bewahren werden.

Freiburg i. Sa. In unrer am 10. April in Oberan abgehaltenen Bezirksversammlung berichtete Gauvorsteher Freitag (Dresden) ausführlich über die Verhandlungen des Lohn- und Manteltarifs. Sehr eingehend beleuchtete er das neue Lohnabkommen und bezeichnete auch dieses als einen weiteren Schritt vorwärts. In seinem weiteren Bericht über die Manteltarifverhandlungen behandelte Referent in ausführlicher Weise die einzelnen Positionen, die eine Änderung erfordern und schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen in dem Sinne, daß das Gesamtergebnis unter den gegebenen Schwierigkeiten immerhin als ein zufriedenstellendes betrachtet werden könne. In der Debatte bemängelte ein Saydaer Kollege die Votalaufschläge der kleinen und kleinsten Provinzorte und begründete dies in treffenden Worten. Die diesjährige Herbstberichtsversammlung soll in Sayda abgehalten werden.

Badau. Unrer am 14. April abgehaltene Quartalsversammlung erfreute sich eines vorzüglichen Besuches. Von einer Aussprache über den abgelaufenen Tarif wurde Abstand genommen, da in der vorhergehenden Bezirksversammlung in Sonthofen Kollege Döhlting (München) eingehenden Bericht über diesen gab. Die Kollegen erklärten sich einverstanden mit den Vorschlägen des Gauvorstandes betreffs Arbeitseinteilung seit Abwesen unseres Kollegen Hemmerich. Für das abgebrannte Naturfreundebüchlein des Bezirks Algau des Touristenvereins der Naturfreunde schenkte der Ortsverein 10 M. zum Wiederankauf. Unter „Sonntagen“ wurden noch eine Reihe von Angelegenheiten geregelt, so das Ortsgeleit für die zurückstehenden Kollegen, das in den letzten Jahren für die Bildauer Kollegen ein tiefes Opfer bedeutete. Da der Ortsverein korporativ dem Bildungsverband angegeschlossen ist, hatten die Kollegen an diesem Abend Gelegenheit, einen ausgezeichneten Vortrag des Gewerbelehrers F. Fischer (München) über „Zeitgemäße Typographie“ anzuhören. Die darauf folgende Diskussion zeigte, daß für uns Provinzkollegen solche Vorträge eine notwendige Einrichtung sind, um die hohen Anforderungen, die die „Typographischen Mitteilungen“ an die Provinzkollegen stellen, zu erleichtern. Die Versammlung löste größte Zufriedenheit aus.

Wienwieder (Westpr.). (Vierteljahrsbericht). In unserer Hauptversammlung im Januar erfolgte zunächst die einstimmige Wiederwahl des gesamten alten Vorstandes, worauf Vorsitzender Jilian sich in musterhafter Weise seines Geschäftsberichts entledigte, was ihm den Dank der fast vollständig besuchten Versammlung eintrug. Eine rege Aussprache veranlaßten die bevorstehenden Lohnverhandlungen. — Am 20. Januar konnte Vorsitzender Jilian unsern Gauvorsteher Reiser (Königsberg) begrüßen, der über das negative Ergebnis der Lohnverhand-

lungen berichtete. In der Aussprache kam die Entzweiung über die Haltung der Prinzipale und über den Schiedsspruch zum Ausdruck. — Am 6. Februar fand unser Wintervergütung statt. — In der Märzversammlung referierte Gauvorsteher Reiser über den Verlauf der Manteltarif- und der Lohnverhandlungen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. — Nach Schluß des offiziellen Teils blieben die Kollegen noch einige Stunden mit dem Gauvorsteher zusammen.

Offenbach a. M. (Maschinenseher.) Am 1. April konnte der Maschinenberichtsverein Offenbach a. M. auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatte der Vorstand die Maschinenseher des Gau Frankfurt für den 10. April zu einer Jubiläumssversammlung eingeladen, welcher Einladung auch zahlreich Folge geleistet wurde. Auch der Vorsitzende des Bezirks Offenbach des Verbandes und der Vorsitzende des Bildungsverbandes Offenbach waren erschienen. Der Versammlung voraus ging eine Besichtigung der Anlagen der „Offenbacher Zeitung“ (Werner Dohany), insbesondere galt diese Besichtigung dem neuzeitlich eingerichteten Sehmahlsaal. Die Gäste sprachen sich lobend über das Gelesene aus. In der darauffolgenden Versammlung schilderte ein Wortbegrunder des Bezirks den Werdegang des Vereins in kurzen Zügen, wobei auch die Bemerkung nicht zu kurz kam; letztere wurde noch durch einige Mitglieder ergänzt. Glückwünsche wurden dem Verein vom Gau Frankfurt, vom Vorsitzenden des Bezirks Offenbach und vom Vorsitzenden des Bildungsverbandes Offenbach dargebracht. An dieser Stelle sei nochmals der Geschäftsleiter der „Offenbacher Zeitung“ für ihr Entgegenkommen und die lebenswürdige Führung sowie die Herstellung der geschmackvollen Einladungsarte bestens gebannt.

Regensburg. (Drucker.) — (Vierteljahrsbericht.) Unsern Mitgliedern nur das Beste zu bieten, war auch die Parole für das verfloffene Vierteljahr. Am 16. Januar referierte der Gewerbelehrer der Mündlner Fachschule, Kollege Müllers, über das Thema: „Rationelles Arbeiten im Maschinenbau.“ In eingehender Weise schilderte er die heutige Arbeitsweise in den Maschinenfabriken, überall an der rechten Stelle Kritik übergend, um ein rationelles Arbeiten zu gewährleisten. Reicher Beifall zeigte, daß die sehr gut besuchte Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wie getzgemäß dieses Thema war. Kollegen Wänsegerh unsern besten Dank. — Am 5. Februar fand vom Bildungsverband ein Lichtbildvortrag der Papierfabrik Scheufelen (Oberlenningen-Zell) statt. Dieser hatte sich eines sehr guten Besuches durch die Gesamtkollegenliste zu erfreuen. Die Besucher kamen voll auf ihre Rechnung. Kollege Kolb führte an Hand von etwa 80 Lichtbildern die Umwandlung in eine modern eingerichtete Papierfabrik ein, die ganze Herstellungsweise des Papiers, speziell des Kunstbrüppapiers, erläuterte. Einen Einblick gewannen die Anwesenden auch in die aufsteigenden Holzmaterialien. Die sozialen Einrichtungen der Firma Scheufelen seien hier noch besonders erwähnt. Den Druckervereinigungen müßten wir empfehlen, sich diesen Vortrags nicht entgehen zu lassen. Der Firma Scheufelen sei an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen noch besonders gedankt. — Am 19. Februar hielt uns der Vertreter der Farbenfabrik Michael Huber (München), Viktor Grün, einen interessanten Vortrag mit Demonstrationen über „Die Herstellung und Verwendung der Druckfarben.“ Die in großer Zahl erschienenen waren davon hochbefriedigt. Der Firma Huber unsern herzlichsten Dank. — Die Generalversammlung ging schnell vorstatten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Volles Verständnis hatten die Mitglieder für eine Beitragserhöhung.

Molensheim (Bayern). Die am 3. April hier abgehaltene Bezirksversammlung im Saal der Gastwirtschaft wurde von 69 Kollegen und 27 Zeichenlern besucht. Nach der Begrüßung widmete Gauvorsteher Strauß (München) dem heimgegangenen Gauvorstehenden Hans Hemmerich tiefempfundene Worte, wobei sich alle Anwesenden zum Zeichen der Trauer erhoben. Der erste Tagesordnungspunkt brachte einen interessanten Vortrag des Kreisvorsitzenden des Bildungsverbandes, Kollegen Scheiner (München). Sodann referierte Vorsitzender Niederlechner über das abgelaufene Vereinsjahr, das als gut bezeichnet werden konnte. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden u. a. gewählt als erster Vorsitzender Kollege Niederlechner und als Kassierer Kollege Scheiner a. d. Das Hauptinteresse galt den Ausführungen unfres Gauvorwalters Strauß, der u. a. auch die letzten Tarifverhandlungen streifte. Als nächster Versammlungsort wurde Traunstein bestimmt. Mit Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die in schönster Harmonie verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Stuttgart. In einer Versammlung der Funktionäre aller Betriebe am 11. April waren von 126 Betrieben 76 anwesend, so daß 60 keinen Vertreter hatten. Wenn es in der Mehrheit auch kleine Betriebe waren, die es nicht für notwendig fanden, besonders den dritten Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaftliche Erziehungsaufgaben“, anzuhören, so mußte doch dem Vorsitzenden Kollegen Klein beigepflichtet werden, der angeht dieser Laute ausführte: „Seht, da Tarif- und Lohnabkommen unter Dach und Fach, die Kritiker hinter Kästen und Maschine ihre Schleimdrüsen geleert haben, ist es das Normale, in den gewerkschaftlichen Dornröschenschlaf zu versinken. Werden die Betroffenen durch die raube Wirklichkeit aus ihrer Schlaftrunkenheit erweckt, genügt es, über unsre Vertreter wegen des zu wenig Erzielten herzufallen.“ Neben hatte daher allen Grund, über gewerkschaftliche Erziehungsaufgaben zu sprechen. Der erste Punkt, „Mitteilungen“, fand rasche Erledigung. Hierbei kritisierte das Verhalten eines Kollegen, der in den Versammlungen bei dem Thema Überstundenleistungen das große Wort führte. Dabei leistete er im eigenen Betriebe 20 1/2 Überstunden in einer Woche, ohne der Betriebsvertretung auch nur ein Wort zu sagen. Diese „kapitale“ Leistung geschähe sicher zum Wohle der Arbeitslosen! — Der schon erwähnte Vortrag des Kollegen Klein wäre wert gewesen, in größerem Rahmen gehalten zu werden. Aus reichem Material schöpfend, führte er den Wert und die Pflicht reiflosen

Eintreten in die Gewerkschaft vor Augen. Auch wir, die die Gewerkschaftsinfektion und -deklaration verhältnismäßig am besten überstanden, haben Grund, immer und immer wieder bei Berufskollegen zu werben und zu wirken, daß der letzte in eine Gewerkschaft eintritt. Bei uns bilden unsere Unterfüllungseinrichtungen trotz des verhältnismäßig hohen Beitrags den Grund der Stetigkeit. Andere Gewerkschaften werden diesen Weg über kurz oder lang beschreiten müssen. Weiterhin sollte ernstlich der Anfang gemacht werden, die von den Arbeitern ins Leben gerufenen genossenschaftlichen Unternehmungen restlos in den eignen Dienst zu stellen und zu benützen. Die Arbeiter-sorge sowohl wie die Konsumgenossenschaften, Volksfürsorge usw. könnten vielmehr wie selber die Unterfüllung und Mitarbeit der Gewerkschaftler finden. Aus einem hier gehaltenen Vortrag der „Dinta“, Leiter Dr. Arnhold in Düsseldorf, konnte Redner den Kampf, wie er von dieser die Interessen der Unternehmer vertretenden Gemeinschaft um die Seele des Arbeiters geführt wird, in Vergleich stellen. Über 60 Werkzeugmaschinen leisteten theoretische Vorträge. Wertvereine aller Schattierungen ersehen den gesellschaftlichen Teil. Kinderheime usw. dienen dazu, den Nachwuchs in dem gewollten Geiste zu beeinflussen und großzuziehen. Die Lieferung der Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände mehrten den Profit und stürzten die Abhängigkeit durch das Zahlungssystem. Die Erstellung von Wohngelegenheiten binden die Arbeiter an ihre Unternehmer. Daß diese Maßnahmen nicht zum Wohle der Arbeiterschaft unternommen sind, wollen die Drahtzieher nicht wahr haben. Lediglich um ein besseres, menschenwürdigeres Dasein den Schaffenden zu bieten, sollen all die Maßnahmen unternommen sein. Selbstlos, wie die Hugenbergs und Genossen einmal sind, ist ihr ganzes Sinnen und Streben angelegt auf das leibliche und geistliche Wohlergehen der Arbeiter gerichtet. Letztere haben allen Grund, so vielem Großmut Mittrauen und Beobachtung der kleinsten Vorgänge entgegenzusetzen, um nicht später vor unabänderliche Tatsachen gestellt zu sein. Längere Ausführungen dienen den „verpumpten“ Staatsmännern. Manchem Kollegen steht gesammeltes Material nicht zur Verfügung. Darum war es vielen neu, wie die Steuer-gelder mit ganz geringer Vergütung oder ohne solche an die Wirtschaft und Industrie verschleudert werden. Hunderte und aber Hunderte Millionen finden den Weg in die Taschen der Besitzenden, wo in gleichem Augenblick den bedürftigen Invaliden der Arbeit und des Krieges jeder Pfennig verweigert werde, weil keine Mittel vorhanden seien. Die Aufbringung der letzteren überläßt man jedoch größtenteils dem wirtschaftlich schwächsten Teil und bürdet auf dessen Schultern Lasten zu Lasten. Unter der jetzigen Weltbürgerdrohregimentierung müsse die Arbeiterschaft auf alles gefaßt sein. Der Zentrumsabgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Stegeward hat in einem unbefonnenen Augenblick den Endzweck der Regierungsmehrheit unverblümt eingestanden. Auf die Zerrettung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie wird unablässig hingearbeitet. Der „Ferkmetterer“ Adam mag sich an seinem Vorgänger Wilhelm ein Beispiel nehmen. So einfach wie sich dieser aus dem Arbeiterstand flammende Reaktionär unsere Vermahnung zwischen Kommunismus und Merkantilismus vorgekauft, ist sie nun doch nicht. Meist trifft bei solchen Behauptungen das ein, woran die blinden Jaßer am wenigsten denken. Allen Grund hat die freie Arbeiterschaft, derartigen ungewollten Eingeständnissen die volle Aufmerksamkeit zu widmen. Unser aller Standpunkt, den wir Augenstehenden gegenüber von jeher einnahmen, sollte wieder mehr Geltung finden: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Keintische Scheidung ist eine Sache der Selbsterhaltung. Aus diesen Gründen muß mit allen Mitteln darauf gedrängt werden, daß alle Arbeiter unserer Weltanschauung restlos den Weg zurückfinden in ihre Organisationen. Einig und geschlossener sind wir eine Macht. Uneinig machtlos in jeder Beziehung. Hinaus mit den Parteifreitritigkeiten aus den Gewerkschaftsversammlungen! Hier ist der gegebene Boden zur Einigung, weil alle für das gleiche Werk, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, kämpfen. Sind wir uns da einig, werden wir auch bei den politischen Wahlen jene Zahlen erreichen, die unserer Größe und unserm Ansehen gerecht werden. Der Vortrag löste starken Beifall aus.

Stuttgart. (Drucker. — *Siebzeltjahrbericht.*) Der alljährliche Herrensabend wurde diesmal in Gemeinschaft mit der Sängereabteilung abgehalten. Der Besuch war gut und der Humor kam auch nicht zu kurz. — Am 5. März fand unsere Hauptversammlung statt. Vorsitzender Frank widmete vier verstorbenen Kollegen den verdienten Nachruf, die Versammlung ehrte ihre Andenken in üblicher Weise. Der Vorstandsbericht war ein wirklicher Gradmesser für die geleistete Arbeit im letzten Jahr, der etwas bessere Versammlungsbesuch muß sich bei dem Gebotenen noch mehr auswirken. Kollege Keller gab einen Rückblick über die berufliche Lage in Verbindung mit dem neuen Lohn- und Manteltarif. Der Rassenbericht wurde entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Infolge Rücktritts des Kollegen Frank als Vereins- und Kreisvorsitzender wurden die Kollegen Keller als Vereinsvorsitzender und Büttner als Kreisvorsitzender gewählt. Als ein erfreuliches Zeichen ist noch zu berichten, daß die vom Vorstand vorgeschlagene Erhöhung des Wochenbeitrags von 10 auf 15 Pf. auf Antrag der Versammlung auf 20 Pf. erhöht wurde. Dem Beschluß des Druckerkongresses, den Namen Maschinenmeisterverein in Druckerverein umzuändern, wurde nachgegeben. Dem aussehenden Kollegen Frank wurde für seine geleistete Arbeit und Verdienste Dank ausgesprochen. Hierauf sprach Kreisvorsitzender Köhler (München) über: „Die Entwicklung der Kraftverlebung“ an Hand von welchem Anschauungsmaterial. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall, ebenso wie ermahnenden Worte, sich restlos der Sparte anzuschließen, technisch sich weiterzubilden, um allen Anforderungen gerecht zu werden, um jederzeit in Berufs- und Verbandsfragen mitsprechen zu können. — Von der Farbenfabrik Gebr. Hartmann wurde in den Kammerlichtspielen am 6. März ein Film vorgeführt, der sehr lehrreich und interessant war und einen sehr guten Besuch aufwies. — Einen weniger guten Besuch hatte der acht Tage später

in demselben Haus laufende Film „Der Unfallteufel“ aufzuweisen. — Einen Reformbesuch hatte die Beschäftigung des Rundfunkers Stuttgarter-Begerloch aufzuweisen. über 200 Kollegen, zum Teil mit Frauen, wanderten der Gedenkstation zu. In beinahe anderrhundertmündigen Rundgang wurden wir durch die mit den modernsten Maschinen der Technik versehene Station geführt. — Ende März fand der seit Januar abgehaltene Illustrationskurs seinen Abschluß. Der Besuch war bis zuletzt ein sehr guter. Die Schlußfeier vereinte alle nochmals zu einem gemüthlichen Beisammensein in recht folgenreicher Weise, die dort vorgebrachten Wünsche und Anregungen sollen, soweit möglich, im kommenden Winter in die Praxis umgesetzt werden.

Allgemeine Rundschau



Theodor Leipart 60 Jahre alt

Am 17. Mai vollendete Theodor Leipart, der erste Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sein sechzigstes Lebensjahr. Aus dem Drehslerberuf hervorgegangen, wirkte er schon in jungen Jahren tatkräftig für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß seiner engeren Berufsgruppen. Anfang 1891 trat Leipart als Redakteur des Fachblattes, das er bis dahin nebenamtlich geleitet hatte, als Angestellter in den Dienst der Drehslerorganisation. Bald danach wurde er als Nachfolger Karl Legiens, der an die Spitze der neugebildeten Generalkommission zu treten bestimmt war, zum Vorsitzenden der Vereinigung der Drehsler berufen. Als diese Vereinigung im Jahre 1893 im Deutschen Holzarbeiterverband aufging, übernahm Leipart neben Karl Klotz als erstem Vorsitzenden das Amt des zweiten Vorsitzenden der Holzarbeiterorganisation, deren Sitz damals noch in Stuttgart war. Hier entwickelte er nicht bloß für die allgemeine Gewerkschaftsbewegung, sondern auch für die örtliche Bewegung lebhaftes Interesse, und wenn von der ihm nahestehenden „Holzarbeiterzeitung“ konstatiert werden konnte, daß die Jahre, die Theodor Leipart an der Spitze der „Vereinigten Gewerkschaften“ in Stuttgart stand, für diese Organisation eine Glanzzeit bedeuten, so dürfte damit nicht zu viel gesagt sein. Nach dem Tode von Karl Klotz, im Jahre 1908, wurde Leipart zum ersten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes gewählt, welches Amt er bis zur Berufung auf den Posten des württembergischen Arbeitsministers im Jahre 1919 bekleidete. Diese Stellung, zu deren Annahme sich Leipart auf dringenden Wunsch seiner Stuttgarter Freunde hatte bereitfinden lassen, blieb indessen nur eine Epizode, denn bereits im folgenden Jahre rückte ihn die veränderte politische Konstellation zum Rücktritt. Nicht lange darauf raffte der Tod Karl Legiens hinweg, der Besten einer in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wie einst als Vorsitzender der Drehslervereinigung, so wurde nun wiederum Theodor Leipart der Nachfolger Legiens als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Als solcher hat er die schwierigsten und stürmischsten Zeiten durchkämpfen müssen, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Bestehen zu durchleben hatte. Nicht wenige Arbeiterkategorien wollten im unmittelbaren Anschluß an die staatliche Umwälzung jahrzehntelange Versäumnisse durch verfallenen Radikalismus mit einem Schlag nachholen, wollten in kühnem Schwunge Entwicklungsstufen überpringen, die nur in zäher, operativ wirkender gewerkschaftlicher Kleinarbeit kurzweil gemacht werden können. Vom ADGB, aber wurde in Verhinderung der Grenzen der Gewerkschaftsmacht die Erfüllung aller Forderungen des Massenwillens erwartet. Unter solchen Umständen bedurfte es naturgemäß für den ersten Steuermann des Gewerkschaftsbundes außerordentlicher Anstrengungen, um das Schiff intakt zu halten. Daß dies gelang, daran hat Theodor Leipart dank seiner Fühlerqualitäten ein besonderes Verdienst. Er verfügt über das geistige Rüstzeug, das notwendig ist, um an so hervorragender Stelle der Arbeiterbewegung wirklich zu dienen. Ruhig und bestimmt formuliert er seine Gedanken, kein Stürmer, aber ein entschlossener Dränger nach vorwärts spricht aus ihm, ein Mann mit großem organi-

satörischen Gespür, ein kluger Taktiker, der Erreichbares und Unerreichbares sehr wohl zu unterscheiden vermag. So steht Theodor Leipart als Sechzigjähriger in ungebrochener Schaffenskraft vor uns. Möge es ihm noch lange vergönnt sein, an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse ersprießlich zu wirken!

Rebe ist des Mannes Bildnis. Ebenso wie Karl Legien, der es stets vermählte, die Rebe zum Gespür werden zu lassen, war auch Theodor Leipart noch nie ein Freund von Vorträgen. In prägnanter Weise nahm er beispielsweise auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Breslau zu der kommunistischen Forderung auf, „Mobilisierung der Massen“ die wohl folgende Stellung: „Die beste und wirkungsvollste Art, die Massen zu mobilisieren, besteht darin, daß wir alle unsere Kräfte anwenden, um die Gesamtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Berufen und Industrien im ganzen Lande für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen, daß wir sie in den Gewerkschaften durch Vorträge, durch unsere Presse aufklären und zu bewußten Mitkämpfern erziehen, daß wir ihnen die Erkenntnis beibringen, daß jeder selbst mit seiner eignen Person für die gemeinsamen Ziele eintreten, wirken und kämpfen muß und dieses Wirken und Kämpfen nicht immer nur von den andern, den Vorständen der Verbände und von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verlangen darf. Jeder einzelne muß dazu gebracht werden, daß er gestützt auf die Organisation, im täglichen Leben in der Werkstatt und Fabrik die nötige Überzeugungskraft, Selbstbewußtsein und Mut dem Unternehmer gegenüber an den Tag legt, daß er der in seiner Gewerkschaft gewährten Leitung Vertrauen und Achtung bezeugen muß und sie nicht dauernd bekrittelt, beleidigt und herabsetzen darf. Wir müssen die Massen der Arbeiter mit wahrem Bruderwitz erfüllen, der Voraussetzung dafür ist, daß der eine den andern achtet, ihm vertraut und ihm als wahrer, treuer Kamerad zur Seite steht. Nur wenn wir so die Massen zusammenschließen, also sie mobilisieren, wird diese Masse und werden ihre einzelnen Glieder zu den gemeinsamen Aktionen geeignet und befähigt sein, die von den Gewerkschaften zu unternehmen sind.“ Wer wollte wohl ernstlich bezweifeln, daß diese von Leipart empfohlene Methode die wirkungsvollste ist zur Mobilisierung der Massen?

Zur Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosigkeit in unserm Verbands für den Monat April erstreckte sich auf 200 Fachstellen, davon haben 32 mit 5105 Mitgliedern keinen Bericht an die Hauptverwaltung eingelebt. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 80 500. An Arbeitslosen wurden gezählt 2331 (gegen 1910 im März). Verliert arbeiten 318 Mitglieder (gegen 456 im März), und zwar bis 8 Stunden 118, 9 bis 16 Stunden 161, 17 bis 24 Stunden 49 Mitglieder.

Der Noth hat seine Schuldigkeit getan . . . Im Buchdruckgewerbe fehlt es gewiß nicht an nachwachsenden Beispielen von einseitigen Prinzipalen, die sich ihrer Arbeitsveteranen bei besonderen Anlässen und beim Abtritt in den Invalidenstand dankbar erinnern. Aber auch an nichtnachwachsenden Beispielen ist in dieser Beziehung kein Mangel, wie wir schon oft zu konstataren Gelegenheit hatten. Einen drastischen Beitrag zu diesem Kapitel lieferte in jüngster Zeit die Leitung eines gutbedienten und flottbestaffigten mittleren Berliner Betriebes. Als der dort seit 37 Jahren beschäftigte Obermaschinenmeister als angehender Siebziger abgerudert in den Ruhestand zu treten gezwungen war, wünschte man ihn tatkräftig, er möge sich fernerhin aufgeben lassen, ohne das geringste für ihn übrig zu haben. Dementselbst wurde dem Arbeitsveteranen ein Zeugnis ausgestellt, das in geradezu ausgefallener Weise vermerkt, wenigstens keine technischen Leistungen anzuerkennen. Es heißt darin u. a.: „Da Herr C. ein tüchtiger Fachmann ist, so ist es ihm gelungen, sowohl im Wert- wie auch im Illustrations- und Farbendruck zufriedenstellende Arbeiten herauszubringen.“ Weniger läßt sich nicht gut sagen über die Leistungen eines allgemein bekannten Fachmannes und ausgeprochenen Qualitätsdruckers, der als früherer Fachschullehrer und in zahlreichen Ehrenämtern bewiesen hat, daß er den Mittelmaßigkeitsgrad weit überträgt. Zum Glück hat er auch in gehobener Stellung zeitweilig treu zu seiner Berufsorganisation gestanden, ungeachtet der Strengeklänge, die ihn in jungen Jahren auf andre Wege zu locken versuchten. Die Treue wird ihm nun im Alter durch den Verband mit Dreue vergolten.

Verschiedene Eingänge

Die „Büchermärkte“ Zeitschrift für sozialistische Buchkritik, Mit Beilage „Arbeiterbildung“. Herausgegeben von Helmar Anschütz für sozialistische Bildungsarbeit. Berlin. Heft 4. Vierteljährlich (8 Seiten) 1,50 M. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. Bestellungen sind zu richten an den Verleger F. V. W. Debes Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Briefkasten

E. A. in M.: Es besteht Übereinstimmung. — M. B. in S.: Jawohl, ist eingegangen; Auffüllung und Herausgabe von Nachschub ist vorgesehen. Es sollte einmal wieder mit einer kleineren „Anzeige“ — namentlich an die Sparsen, die Besatz- und die Hebenvereine — verknüpft werden, und dann sollten die vomat eingewanderten Arbeiter als Beispiel dienen. Dazu war aber aus anderen Gründen noch nicht zu kommen, aber wir müssen bis jetzt die Artikel „Unser Verbandsgeschichte“ in Nr. 10 und 17 vielen Konventionen bzw. Vorständen immer noch unbekannt sein. — M. B. in S.: Gut Kenntnis genommen. Von einer Umfänger ins Uebersicht kann keine Rede sein.

Verbandsnachrichten

Was „An der Saale“ bei der Firma „Preis-Ansager-Verlag, G. m. b. H.“ in Magdeburg, besetzen angeht, so sind die tarifliche Differenzen bei Stellungsausschreibungen von dieser Firma sind unter allen Umständen Ortungsfragen beim Gewerkschaftsverband, Halle a. S., M. Klausstraße 7 L, einzuweisen.

Hannover. Der Drucker Georga G. e. l. a. n. d. r. (Ganzbuchdruck Nr. 137 700) ist nach Verlegung verschiedener Betrügerorganisationen aus Bergen bei Celle verschwunden. Die vereinfachten Funktionen werden gegeben, Schellander dazu auszuhalten, seinen Verbindungen in Bergen nachzukommen.

München am 1. März. Der Leiter Albert Müller, geb. in Friedberg, hat sich in Friedberg, im Jahre 1926, in München, wird aufgefunden, keine Adresse in den Kaffeehaus Karl W. e. r. d. M. München 1, Th. Grünstraße 76, einzuweisen, damit ihm sein Verbandsbuch nachgeschickt werden kann.

Adressenveränderungen

Dresden, (Verein der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen...

Sur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belagerte Adresse): Im Gau Ober der Seber Paul Saage...

Anzeigengebühren: die siebengepostete Nonpareillezeile 20 Pfennige für die Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und für Todesanzeigen...

GEWERKSCHAFTERI GEG-ZIGARETTEN IM KONSUMVEREIN

Stichel für Blei, Holz, Ahlen u. Pinzetten Verlag des Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.

Die Kleine Verbandsgeschichte

1866 mit dem Nachtrage vom November 1926 gibt auf nur 56 Seiten Umfang in aller Kürze und in größter Übersichtlichkeit Aufschluss über Entstehung, Entwicklung und Stand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker...

1926

Kommissionsverlag des Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5

Schreifteser 27jähriger, vorwärtsstrebender in Angelegenheiten, Arbeiten, Werk sowie...

Maschinenmeister Jungler, im 27. Lebensj., mit sämtl. Arb. an Ziegel und Schnellpresse...

Metallobergummi Korrigierreifen in sechs verschiedenen Größen Zypomeier Werkzeugkasten

Sinolfchnitt fünf Werkzeugen im Karton zu 3 Mk. liefert K. Egel, München...

Aufliches Hülfsbuch zum Gebrauch für Schreifteser, Korrektoren und verordnete Berufs. von Alex. Wernerfeld.

Dreibereim Erfurt Dienstag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus...

Zeichenmaterial Verlag des Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H. Berlin SW 61, Dreibundstr. 5, Postfachkonto: Berlin 34142.

Am Donnerstag, dem 5. Mai, verstarb an Folgen einer Schlaganfalls unser Kollege, der Stereotypsetzer Friedrich Schlüter im 48. Lebensjahre.

Am 6. Mai verstarb unser Kollege, der Maschinensetzer Ferd. Kroupa aus Jägerndorf (Steier.), im Alter von 43 Jahren.

Am 7. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb im Städt. Krankenhaus in Chemnitz unser Kollege, der Doormaschinenmeister Bernh. Schönherr.

Am 8. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Monotypsetzer Ferd. Kroupa im Alter von 43 Jahren.

Am 8. Mai verstarb unser Kollege, der Schriftgießer R. W. Sellmuth aus Weihenburg i. W., im Alter von 72 Jahren.

Am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb unser Kollege, der Schriftgießer Otto Hefse.

Am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb unser Kollege, der Schriftgießer Otto Hefse.

Am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb unser Kollege, der Schriftgießer Otto Hefse.

Am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb unser Kollege, der Schriftgießer Otto Hefse.

Am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb unser Kollege, der Schriftgießer Otto Hefse.

Am 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, verstarb unser Kollege, der Schriftgießer Otto Hefse.

Bereinigungsverfahren der Berliner Handseger

Donnerstag, den 19. Mai, nachmittags 6 Uhr, in den „Mullerfestspielen“, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31 (nahe der Volksbühne): Vereinsversammlung

Verein Berliner Drucker VBD

Am Donnerstag, dem 19. Mai, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dhmstraße 2: Vereinsversammlung

Leipziger Maschinensetzer-Vereinigung

Donnerstag, den 21. Mai, findet im Festsaal des „Volkshauses“ unsere 28. Gedenkfeier als

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Stereotypsetzerei im Gau An der Saale

Samstag, den 22. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkshaus“ zu Halle a. S.:

Bezirksversammlung Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag des Kollegen...

Bezirksversammlung Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag des Kollegen...

Zentralsterbefasse für alle Berufe Deutschlands (Sitz Leipzig)

Ordnung: 1. Prüfung der Mandate, 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, 3. Bericht des Aufsichtsrats...

Die Weiterbildung im Buchdruckgewerbe 9. Ausgabe, von J. B. Emdel, Mitglied der Meisterprüfungskommission...

Die Weiterbildung im Buchdruckgewerbe 9. Ausgabe, von J. B. Emdel, Mitglied der Meisterprüfungskommission...

Ha-ganz richtig! Schnelle Orientierung, leichte Auffindbarkeit des Gesuchten...

Ha-ganz richtig! Schnelle Orientierung, leichte Auffindbarkeit des Gesuchten...

Ferienaufenthalt bietet Kollegen mein schönes Sandhaus inmitten großer Obstgärten...

Altidenzfeger der in der Sage H. Altidenzfeger in Vinolom und Viel schnell und sauber hergestellt.

Sinolfchnitt fünf Werkzeugen im Karton zu 3 Mk. liefert K. Egel, München, Sandwehstraße 47.

Aufliches Hülfsbuch zum Gebrauch für Schreifteser, Korrektoren und verordnete Berufs. von Alex. Wernerfeld.

Dreibereim Erfurt Dienstag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus...

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.

Maschinenmeister Der Vorstand.